

Arbeitnehmerempfang der Stadt Herten am 15.04.2011 Bürgermeister Dr. Uli Paetzel

„Das ist das Mindeste! Faire Löhne – Gute Arbeit – Soziale Sicherheit“

„Der Kapitalismus basiert auf der merkwürdigen Überzeugung, dass widerwärtige Menschen aus widerwärtigen Motiven irgendwie für das allgemeine Wohl sorgen werden!“
(John Maynard Keynes, britischer Ökonom, Politiker und Mathematiker, 1883-1946)

Begrüßung

- Martin Schmidt, Geschäftsführer Vestische
- Dorothee Babst, DGB-Ortsverbandsvorsitzende
- Harry Czok, Betriebsratsvorsitzender Herta
- Landrat Cay Süberkrüb
- Jutta Haug, MdEP
- Michael Groß, MdB
- Margret Gottschlich, MdL
- Anwesende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Dank an die Vestische für die erneute Ausrichtung des Arbeitnehmerempfangs (Martin Schmidt ansprechen)

Prinzipien der Demokratie sind

- das Volkssouveränitäts-,
- das Gleichheits- und das
- Mehrheitsprinzip.

Werte, die Deutschland stark gemacht haben:

Wirtschaftliche Stabilität, Wirtschaftswachstum, Ordnung in Staat und Gesellschaft, aber auch Zugehörigkeitsgefühl, Mitsprache in Staat und Gesellschaft und Meinungsfreiheit.

Deutschland ist als **Sozialstaat** verpflichtet, soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit anzustreben, um die **Teilhabe** aller an den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen zu gewährleisten.

Was erwarten wir von einem „**starken Sozialstaat**“?

- stärkere Besteuerung der hohen Einkommen und Erbschaften
- Lebensrisiken – Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter, Pflege – sind verlässlich abgesichert
- sozialer Aufstieg durch Bildung und Arbeit möglich
- gesetzlicher Mindestlohn – gleicher Lohn für gleiche Arbeit

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.“

So heißt es in Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der **Menschenrechte**.

Poesie oder Politik?

Allein das Wort **Menschenrechte** zu hören, erweckt in vielen Menschen ein Gefühl der höchsten moralischen Ideale.

Die Sätze der Menschenrechte sprechen zu uns in der Inbrunst der **Hoffnung** auf eine bessere Welt.
Und sie fordern uns zum **Handeln** auf!

Die wirkungsmächtigste Ideologie seit dem Niedergang des Marxismus und des Neomarxismus in den 70er Jahren beruhte auf **drei Glaubenssätze**:

Erstens: **Freiheit ist die Freiheit des Einzelnen.**

Es gibt **keine Gesellschaft**. Was es gibt, das sind einzelne, wir dürfen auch sagen, atomisierte, aus dem sozialen und kulturellen Zusammenhang heraus gelöste Individuen, die ihre Interessen verfolgen.

Zweitens: **Die ideale Interaktionsform individueller Freiheit ist der Markt.**

Der Markt beruht auf Konkurrenz und individuellen Akteuren, die ihren Eigennutzen optimieren.
Auf dem Markt haben **Kooperation, Gemeinschaftsbindung und Loyalität keinen Platz.**

Drittens: Staatsaktivität und Steuern sind wegen eines verbreiteten Marktvorgangs nicht völlig vermeidbar, sollten aber auf das unumgänglich notwendige Minimum beschränkt werden.

Die **Individuen** wissen immer am besten, was ihren Interessen dient, jedenfalls besser als der Staat.

Das darf **nicht die Zukunft** unserer Welt sein!

Das **normative Fundament der Demokratie: Gleichheit und Freiheit!**

Es geht um gleiche **Freiheit**, gleichen **Respekt**, um gleiche **Autonomie**, um gleiche **Anerkennung**, um die grundsätzlich gleiche Befähigung und den gleichen Anspruch aller Bürgerinnen und Bürger auf ein **selbstbestimmtes Leben**.

Wer dies in Frage stellt, gefährdet das gesamte normative Gefüge einer **demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung**.

Jede Form politischer Herrschaft, jede Struktur politischer Institutionen, einschließlich der Praxis der Steuererhebung und der sozialen Umverteilung, muss sich auf einen **grundlegenden Konsens der Bürgerschaft** zurückführen lassen.

Ich wünsche mir sehr, dass dies die **Zukunft von Herten** ist!

Leider ist dies **nicht** die **Zukunft von Herta**!

Was hier vor Ort geschehen ist bzw. geschieht, gefährdet eindeutig die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung – zumindest die in Herten!

So sehr ich mich als Bürgermeister der Stadt Herten über das Bekenntnis des Schweizer Herta-Mutterkonzerns an den Standort Herten freue, so sehr wird die Freude durch die daran geknüpften Bedingungen getrübt.

- Über 200 Stellen sollen gestrichen werden, 150 davon durch betriebsbedingte Kündigungen.
- Leiharbeiter sollen komplett wegfallen.

- **Keine guten Tage für Herta!**
- **Keine guten Tage für Herten!**

Nicht nur bei Herta herrscht Ungerechtigkeit - Deutschland ist eine vergleichsweise ungerechte Gesellschaft.

Zu diesem Ergebnis kommt auch eine **Studie der Bertelsmann-Stiftung**, die 31 Industriestaaten untersucht hat.

Deutschland landete nur auf Rang 15 – im Mittelfeld.

Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass Deutschland bei der sozialen Gerechtigkeit einigen Nachholbedarf hat.

In die Analyse sind mehr als 20 Indikatoren aus fünf Bereichen eingeflossen: **Armut, Bildung, Arbeitsmarkt, sozialer Zusammenhalt und Generationengerechtigkeit.**

- Deutschland weist eine **besorgniserregende Kinderarmut** auf – **jedes 9. Kind** fällt unter die Armutsgrenze.
- Der Schulerfolg von Jugendlichen hängt zu stark von der **sozialen Herkunft** ab. – Trotz verbesserter Pisa-Werte schafft Deutschland beim Bildungssystem auch nur einen Platz im unteren Mittelfeld.
- Trotz Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt haben es Geringqualifizierte schwer, eine Arbeit zu finden.
- Die **Ungleichverteilung zwischen Arm und Reich** hat innerhalb von zwei Jahrzehnten so stark zugenommen wie in kaum einem anderen Industriestaat.

Alles in allem ein **Armutszeugnis für Deutschland.**

- Die zunehmende Polarisierung zwischen Arm und Reich.
 - Die Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse.
 - Die unterschiedlichen Lebensperspektiven in Ost- und Westdeutschland.
- Diese Entwicklungen werden von der Mehrheit der Bevölkerung wahrgenommen und als **sozial ungerecht** bezeichnet.

Die **zunehmende Wohlstandsungleichheit**, die **Prekarisierung der Arbeit** und die **zunehmenden Abstiegsgefahren** führen bei der Bevölkerung zu Recht zu **Ängsten und Unsicherheitsgefühlen**.

„Die Angst kriecht die Bürotürme hinauf.“ - so formuliert Hradil (2006) diesen Vorgang mit einer anschaulichen Metapher.

Der **wesentliche aktuelle Trend** in der Entwicklung der deutschen **Sozialstruktur** ist die zunehmende soziale Ungleichheit in Form einer zunehmenden **Polarisierung zwischen Privilegierten und Benachteiligten**.

Auch die **Arbeitsbedingungen** verändern sich!

Das Normalarbeitsverhältnis – die unbefristete Vollzeitbeschäftigung – ist rückläufig, **prekäre Arbeitsverhältnisse** wie **Befristung, Minijobs und Leiharbeit**, die tendenziell mit niedrigen Einkommen verbunden sind, nehmen zu.

Auch die **Erwerbsgesellschaft der Zukunft** wird von sehr unterschiedlichen Trends bestimmt.

- Aus einem Mangel an Jobs wird ein **Mangel an Arbeitskräften**.
- **Multikulturelle Belegschaften** forcieren die **Innovation**.
- Das Wachstum der Zukunft ist **weiblich**.
- Die **Alten** verändern den betrieblichen Alltag.
- **Feste Arbeitszeiten** gehören der **Vergangenheit** an.
- In der Lohnpolitik wird **Mitarbeiterbindung** wichtiger.
- **Bildung** ist die beste Beschäftigungspolitik.

Politik hat nichts gelernt – das Umverteilen von unten nach oben geht weiter.

Die **Finanzmarktkrise** ist keineswegs überstanden – sie verlagert sich nur. Sie ist inzwischen zu einer **Finanzkrise der öffentlichen Haushalte** geworden.

Die Kosten werden auf die sozial Schwächeren abgewälzt.

Die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise wird zu einer weiteren **Entsolidarisierung der Gesellschaft** missbraucht.

Die Umverteilung von unten nach oben wird jetzt sogar noch unter verschärften Bedingungen beschleunigt fortgesetzt.

Dies ist der Kern des 80 Milliarden Euro schweren sogenannten **„Spar“pakets der Bundesregierung.**

Damit wird an **neoliberale Politikmuster aus der Vorkrisenzeit** angeknüpft.

Die Liste der **Einzelmaßnahmen** macht deutlich, dass sie nicht einmal den selbst gesetzten Zweck erfüllen.

Einige Beispiele:

- 1,8 Milliarden Euro sollen durch Streichung von Zahlungen für Hartz IV-Empfänger an die Rentenversicherung eingespart werden – diese werden aber dann der umlagefinanzierten Rentenversicherung fehlen.
- Die Bundesagentur für Arbeit soll im Jahr 2011 1,5 Milliarden Euro einsparen. – Dies beschneidet unwiderruflich die Qualifizierungsmaßnahmen.
- Bildungskosten werden in den privaten Bereich verlagert.
- Das gerade erste eingeführte Elterngeld wird gekürzt.
-

Die **Steuerreformen seit 1998** haben dem Staat **Steuerausfälle** im Zeitraum 2000 bis 2010 von insgesamt rund **335 Milliarden Euro** beschert.

Im Durchschnitt fehlen somit über **30 Milliarden Euro pro Jahr.**

In den nächsten Jahren werden es sogar deutlich **mehr als 50 Milliarden Euro** sein.

Davon profitieren in erster Linie die Vermögenden – die Kosten sollen von der Allgemeinheit übernommen werden.

Dies ist der **völlig falsche Ansatz. Ursache und Wirkung werden verwechselt.**

Der Staat muss eine **aktive Rolle** übernehmen – **Demokratisierung und Nachhaltigkeit der Wirtschaftspolitik.**

Politik führt zu öffentlicher Finanzmisere!

Die **nationale wie internationale Politik** ist keineswegs nur Opfer unvorhersehbarer wirtschaftlicher Ereignisse. Vielfach hat sie diese Entwicklung forciert, ja erst ermöglicht.

Unternehmen, Vermögende und die Bezieherinnen und Bezieher hoher Einkommen wurden überproportional entlastet. Dagegen treffen die Kürzungen im Haushalt vor allem Hartz IV-Empfängerinnen und –Empfänger, Arbeitslose und Beschäftigte im öffentlichen Dienst.

Die soziale Schieflage der Steuerpolitik der vergangenen Jahre wird durch die Kürzungspolitik nicht korrigiert, sondern verschärft.

Die wirtschaftliche Situation in Herten und der Emscher-Lippe-Region ist schwierig.

Die Arbeitslosenquote ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen (Arbeitslosenquote 02/2011: 11,9% gegenüber 11,2 % im Vorjahr), im Vergleich zum Vormonat jedoch wieder ein wenig gesunken (Arbeitslosenquote 03/2011: 11,7%).

Über 3600 Menschen in Herten suchen Arbeit.

Zur Bewertung der **Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt** reicht der Blick auf den Pfad der registrierten Arbeitslosigkeit nicht aus.

Denn deren günstige Entwicklung ist Folge einer wachsenden Spaltung durch die Zunahme des Niedriglohnssektors mit kürzeren Arbeitszeiten, nicht die Folge eines größeren Beschäftigungsvolumens.

Es gibt auch **beschäftigungspolitisch großen Handlungsbedarf**.

Kommunale Finanzen

- § 76 GO NRW - Haushaltssicherungskonzept
- Idee der Bürgerabgaben

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.“
(Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.)

Poesie oder Politik?

Es ist in der Tat die utopische Sprache der Poesie. Der Appell an eine bessere und humanere Welt, eine Welt ohne Grausamkeit.

Menschenrechte bedeuten Hoffnung.

Die Sätze der Menschenrechte sprechen zu uns in der Inbrunst der **Hoffnung auf eine bessere Welt**.
Und sie fordern uns zum **Handeln** auf!

Miteinander reden ist wichtig, alle Gruppen, ArbeitnehmerInnen, UnternehmerInnen, Politik, Gewerkschaften und Verwaltung – AN-Empfang ist der geeignete Ort!

Persönlich wichtiges Anliegen, **offenes Ohr** für die Belange und Sorgen der ArbeitnehmerInnen zu haben.

Was tun wir in Herten konkret, um Arbeitsplätze zu schaffen und die Bedingungen zu verbessern?

- **Bildung** als Schwerpunktthema
- **Vereinbarkeit von Beruf und Familie** (Ausbau der U3-Betreuung und der Grundschulen zu **Offenen Ganztags Schulen**)
- **Kooperationen** zwischen Schulen und Unternehmen
- „**Haus der Berufsvorbereitung**“
- **Erschließung von attraktiven Flächen** für Unternehmen (Ewald, Umfeld Vestische, Technologiepark)
- Wasserstoffkompetenzzentrum
- Besondere Unterstützung von Unternehmensgründern
- **Familienbericht**
- **Armuts- und Reichtumsbericht** für die Stadt Herten

Die **Wohlstandsfragen der Zukunft** sind nur mit Blick auf die **Qualität des Kommunalen** zu beantworten.

Hier findet das Zusammenleben von **Jung und Alt**, von **Alteingesessenen und Zugezogenen**, von **Familien und Singles**, von **Besserverdienenden und Niedriglöhnern** statt.

Das **öffentliche Bewusstsein** muss sich stärker auf Gemeinwesen richten, auf Aufgaben, die nicht über den Markt zu finanzieren sind - in der **Ökologie**, in der **Bildung** oder in der **Erziehung**.

Politik ist etwas, was zu gestalten ist.

Anspruch von Politik: eine bessere Welt gestalten!

- Anständige Löhne, von denen man leben und eine Familie ernähren kann!
- Sichere Arbeitsplätze, faire Bedingungen und respektvoller Umgang!
- Arbeit, die nicht krank macht!
- Arbeit, die mitbestimmt ist!
- Arbeit, aus der sich eine lebensstandard- und mindestens Existenzsichernde Rente ableitet!

Das ist doch das Mindeste!

Lassen Sie uns zusammenstehen!

Lassen Sie uns den **Dialog mit den Menschen** suchen und auf sie eingehen!

Lassen Sie uns die Bürgerinnen und Bürger in **Entscheidungsprozesse einbinden!**

Herten ist **liebens- und lebenswert und soll es bleiben!**

In den Kommunen liegt die Kraft des Engagements, die Kraft der Gestaltung und die Kraft der Veränderung.

Lassen Sie es uns gemeinsam angehen!

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Glück Auf!